

Bitte füllen Sie diese Anlage sorgfältig in Druckschrift aus und kreuzen Sie Zutreffendes an.

Hinweis: Sie sind nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig (§ 67a Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch, § 4 Abs. 3 Bundesdatenschutzgesetz). Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann Ihnen die Ausbildungsförderung nach dem BAföG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Anlage 2 zu Formblatt 1

Förderungsnummer									
Eingangsstempel									

Zeile

1 Zusatzblatt für den Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG für Kinder unter zehn Jahren

2	Name der/des Auszubildenden	Geburtsname
3	Vorname	Geburtsdatum

4 Angaben über meine mit mir in einem Haushalt lebenden Kinder - ohne Stief- und Pflegekinder - (weitere Kinder auf gesondertem Blatt angeben)

5	Name, Vorname	Geburtsdatum
6	1. Kind	
7	2. Kind	
8	3. Kind	

9 Erklärung des anderen Elternteils

10	Name, ggf. Geburtsname, Vorname	
11	Ich	
12	<input type="checkbox"/> Zeile 6 <input type="checkbox"/> Zeile 7 <input type="checkbox"/> Zeile 8	
13	genannte Kind/genannten Kinder weder einen Kinderbetreuungszuschlag nach dem BAföG beziehe noch geltend gemacht habe und dass ich damit einverstanden bin, dass die/der Auszubildende den Kinderbetreuungszuschlag für dieses Kind/ diese Kinder erhält.	
14	Mir ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben unter Umständen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können.	
15	Ort, Datum	Unterschrift des anderen Elternteils, der im gemeinsamen Haushalt lebt

16 Mir ist bekannt,
 17 - dass ich verpflichtet bin, jede Änderung in den Familienverhältnissen, über die in dieser Erklärung
 Angaben gemacht worden sind, unverzüglich dem Amt für Ausbildungsförderung schriftlich mitzuteilen;
 18 - dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Unterlassen von Änderungsanzeigen strafrechtlich
 verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können, und dass zu Unrecht
 gezahlte Beträge zurückgefordert werden.

19	Ort, Datum	Unterschrift der/des Auszubildenden
----	------------	-------------------------------------